

# Indonesien im Umbruch – Auf der Suche nach Stabilität

O. G. ROEDER ✓

Vier Jahre nach dem gescheiterten kommunistischen Putsch und wenig mehr als zwei Jahre nach dem politischen Verschwinden des früheren Präsidenten Sukarno hat sich das Gesicht Indonesiens auffallend verändert. Noch immer befindet sich das Land in einer Periode des Übergangs; die Probleme der jüngsten wie auch der fernen Vergangenheit bestehen weiter. Wird am Ende des gegenwärtigen Stabilisierungsprozesses eine neue Kraft in Südostasien entstehen, die zwischen Japan und Indien eine entscheidende Ordnungsrolle übernimmt?

Das große Inselreich an der strategisch wichtigen Südostflanke Asiens trägt die Bürde und stolze Verantwortung einer langen Geschichte. Frühe Handelskontakte mit China lassen sich schon im 2. Jahrhundert vor Christus nachweisen. Von Indien kamen seit dem ersten Jahrhundert n. Chr. mächtige Kulturströme des Hinduismus und Buddhismus. In Sumatra und Java entwickelten sich Großreiche (wie Sriwijaya und Majapahit), die weit auf das benachbarte Festland übergriffen. Im 14. Jahrhundert begann der Islam seinen Siegeszug. Etwa zwei Jahrhunderte später wurde die hinterindische Inselwelt von Portugiesen, Spaniern, Engländern und Holländern aufgesegelt. Das Christentum schlug Wurzeln, nationale Kirchen entstanden. Europäische und festlandasiatische Kultureinflüsse wurden in erstaunlicher Weise mit eigenständiger Tradition zusammengeschmolzen, die in ferne Bereiche des Animismus und Mystizismus zurückreicht.

Nach 350 Jahren holländischer Kolonialherrschaft, die durchsetzt war von zahlreichen Aufständen und Rebellionen, proklamierten indonesische Nationalisten unter der Führung von Sukarno und Hatta am 17. August 1945 die freie, unitarische Republik Indonesien. Vier Jahre lang hatte der junge Staat um das bloße Überleben zu kämpfen. Auch dann noch war die Zeit der Wirren nicht vorüber. Die politischen Kräfte der Republik bemühten sich in den frühen fünfziger Jahren mit wenig Erfolg um den Aufbau eines konstitutionellen Gefüges, sie gerieten gegen Ende der Dekade in den Sog von Sukarnos „Gelenkter Demokratie“. Der Putsch kommunistischer Kader und progressiv-revolutionärer Offiziere am 30. September 1965 erschütterte den Staat in seinen Grundlagen.

Der Gegenschlag des damaligen Brigadegenerals Suharto, eines unbekanntenen und unpolitischen Berufsoffiziers, begann als eine simple Aktion zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Zwei Gründe verhinderten, daß es zu einer Restaurierung eines modifizierten Volksfrontsystems kam: Einmal die eitle Engstirnigkeit des einst allmächtigen Staatsoberhauptes, der damit die Gegenkräfte provozierte, und zum andern das Aufbrechen neuer Kräfte aus der Gesellschaft, die ihre Organisationsform in den sogenannten Aktionsfronten fanden. Während die von Sukarno entmannten und teilweise korrumpierten, nichtkommunistischen Parteien unentschlossen zwischen Loya-

lität und Opposition zu dem verdienten Freiheitskämpfer Sukarno schwankten, formierten sich die zahlenmäßig unbedeutenden Aktionsfronten der Studenten, Jugendlichen, Intellektuellen, Kaufleute, Gewerkschaftler usw. und drängten vereint mit meist jüngeren Offizieren auf grundsätzliche Reformen. Es wäre Ende 1965 und im ersten Halbjahr 1966 durchaus möglich gewesen, daß sich Suharto an die Spitze der von revolutionärer Leidenschaft erfüllten Teile des Volkes und der Armee gestellt hätte, um die Sukarnoära gewaltsam und mit wenigen Schlägen zu beenden. Suharto entschloß sich jedoch zu dem weniger spektakulären und langwierigen konstitutionellen Weg — auf die Gefahr hin, sich von den Kräften zu entfremden, die seine Gefährten der schweren ersten Stunden gewesen waren. Ein „Parlament der Straße“ mußte dem Mann der Ordnung ein Greuel sein.

Die Ablösung des früheren Präsidenten Sukarno vollzog sich in einem umständlichen Prozeß, der von Suharto mit den Mitteln von **musjawarah** und sanfter Gewalt geführt wurde. Unter **musjawarah** versteht man das uralte Zusammenkommen der Dorfgemeinschaft, um nach eingehender Diskussion und Beratung einen einstimmigen Beschluß — **mufakat** — herbeizuführen. Dieses Verfahren, das beispielsweise bei der gerechten Verteilung von Wasser unerlässlich ist, erfordert viel Zeit. Wer sich also zum Führungsprinzip von **musjawarah** bekennt, setzt sich der Gefahr aus, ein Zauderer genannt zu werden.

Suhartos abwartender und abwägender Regierungsstil erklärt sich primär aus seiner Herkunft aus einem kleinen mitteljavanischen Dorf, wo er unter bescheidenen Verhältnissen heranwuchs. Noch heute ist er der Tradition dieses Landesteiles eng verbunden, in dem die vielerlei kulturellen Einflüsse, auch der Vor-Islamzeit, lebendiger sind als in anderen Gebieten Indonesiens. Im übrigen hatte das langsame Vorgehen Suhartos bei der Ablösung seines Vorgängers höchst aktuelle Gründe: Die Stellung Sukarnos war noch lange Zeit nach dem kommunistischen Putsch stärker, als gemeinhin angenommen wurde. Ein forsches, unüberlegtes Vorpellen hätte den offenen Bürgerkrieg entfacht, der in einigen Teilen des Landes bei den blutigen „Säuberungsaktionen“ bereits gefährlich schwelte.

Besonders seit der Ernennung zum Präsidenten durch den „Vorläufigen Beratenden Volkskongreß“ steuert Suharto einen klaren „middle-of-the-road“-Kurs zwischen einer liberalen Demokratie westlichen Stils und einer östlichen Militärdiktatur. Bapak Presiden (Vater Präsident) bekennt sich entschieden zu der Verfassung von 1945, die dem Präsidenten eine starke, wenn auch nicht absolute Stellung zuweist. Die bestehenden neun Parteien werden als Elemente der Willensbildung des Volkes anerkannt; sie sind im Parlament (420 Sitze) wie auch im Volkskongreß (840 Sitze) vertreten. Gemäß der Verfassung steht dem Parlament die gesetzgebende Gewalt zu, während der Volkskongreß die Leitlinien der Politik bestimmt und den Präsidenten und Vizepräsidenten der Republik wählt. Sämtliche Angehörigen des Parlaments gehören dem Volkskongreß an, der daneben noch Vertreter der „funktionellen Gruppen“ (etwa: Stände einschließlich Vertreter der Streitkräfte) sowie der Regionen umfaßt.

Die Mehrzahl der heutigen Abgeordneten wurde noch von Präsident Sukarno ernannt, während anstelle der ausgeschiedenen kommunistischen und radikalen linksnationalistischen Vertreter solche Personen in Parlament und Volkskongreß eingezogen sind, die von Suharto bestimmt wurden. Suharto wurde vom Volkskongreß zunächst (12. März 1967) zum „Acting President“, später (30. März 1968) zum „Presi-

dent“ gewählt. Die Amtszeit wurde bis März 1973 begrenzt, während bereits vorher (spätestens am 5. Juli 1971) direkte, freie und geheime Wahlen stattfinden sollen. Ein aus gewählten, nicht mehr ernannten Mitgliedern bestehender Volkskongreß soll schließlich im März 1973 zusammentreten, um den Präsidenten und Vizepräsidenten zu wählen.

Die termingerechte Durchführung allgemeiner Wahlen hängt nach offizieller Lesart in erster Linie davon ab, ob sich das gegenwärtige Parlament und die Regierung über die Wahl- und Parteigesetze einigen können. (Die Verfassung von 1965 äußert sich nicht über den Wahlmodus.) Umstritten ist u. a. die Zahl der von Präsident Suharto zu ernennenden Abgeordneten der Streitkräfte, deren Präsenz in Parlament und Volkskongreß im übrigen grundsätzlich akzeptiert wird. Damit wird die in den meisten Entwicklungsländern anstehende, diffizile Frage des Verhältnisses von ziviler und militärischer Gewalt berührt.

Die indonesischen Streitkräfte haben sich im Überschwang der Proklamierung nationaler Freiheit aus verschiedenen Gruppen formiert – aus jugendlichen Freiwilligen ohne festem politischen Bewußtsein, Anhängern politischer Parteien der Nationalisten, Sozialisten, Kommunisten und religiöser Verbände sowie schließlich aus ehemaligen indonesischen Angehörigen der holländischen Kolonialarmee (KNIL) und der während des Krieges von der japanischen Besatzungsmacht ins Leben gerufenen Freiwilligen-Miliz (PETA). Der Integrationsprozeß kam nur langsam voran, einerseits waren die Parteien lange Zeit bestrebt, einen bewaffneten Arm zu besitzen, andererseits bemühten sich regionale „Kriegsherren“ um die Errichtung eigener, von der Zentralregierung möglichst unabhängiger Einfluß- und Herrschaftszonen.

Im Zuge seiner Integrationsbestrebungen formulierte der damalige Stabschef, General Nasution, in den fünfziger Jahren die Doktrin von der „Doppelten Funktion“ der Streitkräfte. Er wies den Waffenträgern die Aufgabe zu, sowohl die Sicherheit des Landes nach außen zu gewährleisten, wie auch die Einheit des Landes im Inneren zu garantieren. Diese Doktrin wurde selbst außerhalb der Streitkräfte akzeptiert, besonders als die Parteien von Sukarno immer mehr entmachtet wurden. Die Armee war schließlich die letzte Hoffnung der Parteien und der nicht-kommunistischen Volksmassen.

Die Streitkräfte der Republik haben auch in der Wirtschaft seit Anbeginn eine bedeutende Rolle gespielt. Der dringende Bedarf an Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung bei der Aufstellung der Truppe erzwang eine direkte wirtschaftliche Betätigung der Armee, da ein normaler Staats- und Wirtschaftsapparat nicht vorhanden war. Das hat sich heute gebessert, aber der offizielle Militärhaushalt deckt noch immer nicht die notwendigen Ausgaben. Improvisation und wirtschaftliche Initiative mögen insofern unerlässlich sein, aber die Nachteile sind offenkundig: Die Wirtschaft läßt sich auf die Dauer nicht „kommandieren“. Von ungewöhnlicher wirtschaftlicher Betätigung im Interesse der Streitkräfte zu ungesetzlichen Praktiken ist nur ein kleiner Schritt, der dann zu persönlicher Bereicherung, Korruption und Schmuggel führt. Man kann sicher die Militärs nicht allein für diese anhaltenden Mißstände verantwortlich machen, aber sicher haben sie einen erheblichen Anteil daran.

Die seit Ausrufung des unabhängigen Indonesien bestehende Verzahnung der Streitkräfte in Politik und Wirtschaft sowie die entscheidende Rolle der Armee bei der Errichtung der Neuen Ordnung Suhartos lassen den Anspruch des Militärs auf politische Teilverantwortung bei vielen Indonesiern als durchaus legitim erscheinen.

Umstritten ist das Ausmaß der politischen Partnerschaft. Sicher ist das heutige Indonesien keine Militärdiktatur, andererseits sind politische Entscheidungen gegen die Armee undenkbar. Die Verwaltung des Landes liegt zum großen Teil in den Händen des Militärs, mindestens wird die Administration von dieser Seite kontrolliert. Militärpersonen, die Aufgaben außerhalb der waffentragenden Verbände in allen Bereichen von Politik, Verwaltung oder Wirtschaft übernommen haben, bleiben weiter ein Teil der militärischen Hierarchie.

Es liegen andererseits klare Anzeichen dafür vor, daß Präsident Suharto die nicht-militärischen Kräfte stärker heranziehen will. Bei der letzten Kabinettsumbildung am 6. Juni 1968 wurde die bis dahin bestehende Parität zwischen Zivilisten und Militärs zugunsten der zivilen Elemente korrigiert. Das sogenannte „Entwicklungskabinett“ besteht aus Präsident Suharto, der gleichzeitig (verfassungsgemäß) Ministerpräsident ist, sowie 23 Ministern. Suharto ist außerdem Verteidigungsminister und Oberster Befehlshaber der Streitkräfte. Von 23 Ministern sind nur sechs Vertreter der Streitkräfte, der Rest verteilt sich etwa gleichmäßig auf Vertreter der politischen Parteien und unabhängige Wissenschaftler und Technokraten. Die zuletzt angeführte Gruppe bestimmt (mit voller Deckung durch den Präsidenten) den wirtschaftlichen Reformkurs.

Das Übergewicht der militärischen Gewalt in den Provinzen könnte sich natürlich unter Umständen auch einmal gegen den Präsidenten richten, unbeschadet dessen Hervorgehen aus der militärischen Karriere. Dieser latenten Gefahr soll durch Integration und Re-Organisation der Streitkräfte begegnet werden; Maßnahmen, die im Prinzip bereits 1967 verfügt wurden, aber nur schrittweise verwirklicht werden. Wesentliche Ziele sind der Abbau der früheren Eigenständigkeit und Rivalität der „Wehrmachtsteile“ sowie die Disziplinierung der örtlichen und regionalen Kommandeure bei gleichzeitiger Stärkung der militärischen Schlagkraft.

Zahlenmäßig spielen die Streitkräfte im Rahmen der Gesellschaft eine bescheidene Rolle, wenn man von der Gesamtbevölkerung in Höhe von 117 Millionen Menschen und den Sicherheitsbedürfnissen des ausgedehnten Inselreiches ausgeht. Die Stärke der Armee beträgt etwa 350 000 Mann, während 60 000 Mann auf die Luftwaffe und 40 000 Mann auf die Kriegsmarine entfallen. Die Polizei in Stärke von rund 120 000 Mann untersteht ebenfalls dem Verteidigungsministerium/Oberster Befehlshaber der Streitkräfte; sie befindet sich jedoch in einem Stadium der „De-Militarisierung“. Insgesamt beläuft sich die Stärke der Streitkräfte danach auf 570 000 Mann.

Die führende Rolle der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft hat nicht nur historische Gründe, sondern ist zu einem gewissen Teil auch bedingt durch die Furcht vor der subversiven Tätigkeit der illegalen Kommunisten. Zweimal in zwanzig Jahren wurde die Republik durch kommunistische Aufstände erschüttert: Mitte September 1948 und Ende September 1965. Die jüngste Erhebung, vermutlich vorfristig ausgelöst durch die (irrig) Annahme eines unmittelbar bevorstehenden körperlichen Zusammenbruches von Präsident Sukarno und einen daran anschließenden Putsch der Armee, brach dank der Umsicht und Entschlossenheit General Suhartos zusammen. Es folgten blutige „Säuberungsaktionen“, vor allem in ländlichen Gebieten Mittel- und Ostjawas und auf der Insel Bali. Wie viele Todesopfer dieser Rachefeldzug erbitterter Moslems und Angehöriger jugendlicher „Aktionsfronten“ gefordert hat, ist auch heute noch umstritten. Offizielle Schätzungen beziffern die Zahl der Toten mit 200 000. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß diese Massaker von der noch unter

dem Einfluß Sukarnos stehenden Zentralregierung oder von dem damaligen Befehlshaber für die Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit, General Suharto, befohlen wurden. In den Unruhegebieten war die Regierungsgewalt weitgehend zusammengebrochen. Es muß angenommen werden, daß reguläre Truppenteile in einigen Provinzen nicht nur zur Brechung militärischen Widerstandes der Aufständischen eingesetzt wurden, sondern vielfach dem gesetzlosen Treiben tatenlos zusahen, wenn nicht sogar indirekten oder direkten Beistand leisteten. Der Ende 1965 und Anfang 1966 im Dunklen geführte Bürgerkrieg war nicht nur eine Folge der Ermordung von sechs Armeegeneralen in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1965, sondern letztlich das Ergebnis jahrelang aufgestauten Hasses.

Wie stark die in die Illegalität gedrängten Kommunisten heute sind, ist ungewiß. Eine latente Gefahr besteht schon deshalb, weil sich die einstige, 1920 mit Hilfe holländischer Kommunisten gegründete Kommunistische Partei Indonesiens zu einer der stärksten politischen Kräfte der Sukarnozeit entwickelt hatte. Mit über drei Millionen eingeschriebenen Parteimitgliedern und rund fünfzehn Millionen Angehörigen von Frontorganisationen, Gewerkschaften, Bauern-, Frauen- und Jugendverbänden war die KP Indonesien bis 1965 die drittstärkste kommunistische Massenpartei der Welt. Bei den bisher letzten gesamtindonesischen Wahlen des Jahres 1955 erhielten die Kommunisten 17% aller Stimmen, bei den folgenden lokalen und regionalen Wahlen auf der volkreichen Insel Java stieg der Anteil auf 25%. Der Weg zur Massenpartei wurde durch die NASAKOM-Doktrin Sukarnos erleichtert, wonach Nationalisten, religiöse Gruppen und Kommunisten eine Art Volksfront bilden sollten.

Unter den Mitgliedern der KP-Indonesien und ihrer Verbände befanden sich viele einfältige, landhungrige Bauern und ein besseres Leben erhoffende Arbeiter, deren potentielle Gefahr heute gering ist. Es sind jedoch noch immer untergetauchte Kader am Werk, die nach Überwindung des Schocks des Zusammenbruches eine lockere Untergrundorganisation errichtet haben. Die Armee zerstörte in der zweiten Hälfte 1968 in Mittel- und Ostjava nach rotchinesischem Muster vorbereitete „bewaffnete Basen“. Seitdem scheint sich die Arbeit der illegalen KP auf die Zellenbildung in den Städten und auf die Infiltration der Streitkräfte zu konzentrieren.

Das Problem der politischen Häftlinge, nach offizieller Darstellung knapp 80 000, ist noch immer unbefriedigend gelöst. Rund 5000, direkt in den kommunistischen Putsch von 1965 verwickelte Personen, werden vor Gericht gestellt; gefährliche Aktivisten (10 000 bis 11 000) sollen in eine Art Verbannung auf die ostindonesische Insel Buru verbracht werden; der Rest, nämlich nominelle Mitglieder kommunistischer Organisationen, wird aus den Lagern entlassen. Dabei ist zu befürchten, daß entlassene ehemalige Kommunisten in ihren Heimatgemeinden neue blutige Verfolgungen erleiden. In diesen Fällen sollen die Betroffenen mit ihren Familien nach Sumatra oder Borneo umgesiedelt werden. Dies mag theoretisch ein Ausweg sein, jedoch erweckt das Versagen des indonesischen Umsiedlungsapparates große Zweifel hinsichtlich einer einigermaßen befriedigende Durchführung. Dieser Kategorie von Häftlingen kann lediglich angelastet werden, daß sie einer ehemals legalen kommunistischen Partei angehörten, die als Teil der NASAKOM-Front sogar eine Art Staatspartei darstellte.

Die Spannungen in der Gesellschaft werden auch auf religiösem Gebiet deutlich. An sich garantiert die indonesische Verfassung Religionsfreiheit; das fünfgliedrige Staatsprinzip PANTJASILA fordert den „Glauben an Gott den Allmächtigen“ (die

vier anderen Glieder sind: Humanität, die Einheit Indonesiens, Demokratie und soziale Gerechtigkeit). Andererseits kam es schon bei der Formulierung von PANTJASILA im Jahre 1945 zu Vorstößen entschiedener Moslemgruppen, die das Bekenntnis zu Allah in der Verfassung verankern wollten. In den letzten Jahren sind diese Tendenzen wieder stärker hervorgetreten, offensichtlich unter dem Eindruck großer Erfolge der christlichen Mission. Im Zusammenhang damit kam es auch zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen christliche Kirchen. Die Regierung verurteilt jene Exzesse und besteht auf religiösem Frieden. Dies um so mehr, als eine im Ansatz erkennbare politische Opposition Rückhalt in extremen Moslemkreisen findet. — Der Anteil der Anhänger des Islam wird in Abwesenheit einer exakten Religionsstatistik auf 85% der Gesamtbevölkerung geschätzt, der Rest verteilt sich auf Christen, Buddhisten, Hinduisten und Animisten. Die Zahl von sechs Millionen evangelischer Christen (einschl. Sekten) sowie von zwei Millionen Katholiken ist wahrscheinlich zu niedrig angesetzt. Christen und Vertreter der beiden christlichen Parteien spielen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft eine große Rolle.

Weitere Spannungen bestehen zwischen den altansässigen Indonesiern und den Zuwanderern aus China, die teilweise schon seit Jahrhunderten im Lande leben. Die Gegensätze zwischen dem „Staatsvolk“ und der geschäftstüchtigen chinesischen Minderheit haben in der fernen und nahen Vergangenheit wiederholt zu blutigen Ausschreitungen geführt. Das Mißtrauen der Indonesier beruht einmal auf der starken Präsenz der Auslandschinesen in der heimischen Wirtschaft, zum andern auf „chinesischer Exklusivität“ und behaupteter Kontakte mit Festlandchina.

Die Regierung Suharto bemüht sich, die wirtschaftliche Tüchtigkeit der Chinesen für den Wiederaufbau des Landes zu nützen und die erforderlichen bürgerlichen Rechte zu gewähren. Das Ziel ist, alle „gutwilligen“ Auslandschinesen zu assimilieren, während die „Pekingchinesen“ streng kontrolliert und womöglich zur Auswanderung veranlaßt werden sollen. Die Voraussetzungen für eine sich über Generationen erstreckende Assimilierung sind in Indonesien nicht ungünstig, da der chinesische Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 2,8% ausmacht. Die „Auslandschinesen“ bestehen aus drei Gruppen: Rund 1 400 000 indonesische Staatsbürger chinesischer Abstammung, die sich bereits in verschiedenen Stadien der Assimilierung befinden; rund 1 100 000 Staatenlose chinesischer Abstammung, die zum großen Teil politisch der Republik China (Taiwan) zuneigen, jedoch diese Staatsangehörigkeit wegen des Fehlens diplomatischer Beziehungen zwischen Indonesien und Nationalchina nicht erwerben konnten; und schließlich rund 250 000 in Indonesien lebende Staatsbürger der Volksrepublik China. Aus sicherheitsmäßigen Überlegungen hat die indonesische Regierung am 10. April 1969 ein Abkommen mit China einseitig aufgehoben, das 1955 anlässlich der Bandung-Konferenz unterzeichnet wurde und in gewissen Fällen eine automatische Einbürgerung vorsah.

Ein großer Teil der gesellschaftlichen Spannungen beruht auf der äußerst ungünstigen Verteilung der Bevölkerung. Rund zwei Drittel aller Indonesier leben auf der Insel Java, mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 572 Menschen pro qkm (Schätzwert 1968). Wenn man Gebirge, Vulkane und nicht landwirtschaftlich nutzbare Böden abzieht, erreicht man eine Bevölkerungsdichte von 1000 Menschen pro qkm. Damit gehört Java zu den am dichtesten besiedelten nicht-industriellen Gebieten der Welt. Andererseits gibt es auf den Außeninseln, so besonders in Borneo, weite Flächen mit nur ein bis zwei Menschen pro qkm. Die innere Umsied-

lung, deren Erfolg schon zur Kolonialzeit mäßig war, ist aus Mangel an Mitteln, Transportraum und einem leistungsfähigen Apparat praktisch zusammengebrochen. Für das Jahr 2000 wird eine Bevölkerungszahl von 280 Millionen Menschen in Indonesien vorhergesagt.

Die heutigen Sorgen und Probleme verhindern, daß sich die Regierung auf die erwartete Bevölkerungsexplosion des Jahres 2000 einstellt – so notwendig das wäre. Gegenwärtig muß es primär darum gehen, die aktuellen Spannungen in der Gesellschaft zu lockern. Das erfordert die uneingeschränkte Konzentration auf das Reform- und Wiederaufbauprogramm in der Wirtschaft.

Das Erbe der Sukarnozeit war auf wirtschaftlichem Gebiet noch erschütternder und folgenschwerer als in allen anderen Bereichen. Übermäßige Militärausgaben in Zusammenhang mit einer anmaßenden, die Kräfte des Landes weit überfordernden Außenpolitik sowie Fehlplanungen in der „Gelenkten Wirtschaft“ hatten die indonesische Währung zusammenbrechen lassen. Der Lebenshaltungskostenindex von 100 im Jahre 1957 hatte sich bis zum Jahre 1966 auf 267 erhöht. Der Preisanstieg (Inflationsrate) in den Jahren 1962 bis 1964 belief sich auf 120% bis 150% pro Jahr. Im Jahre 1965 wurden 600%, im Jahre 1966 sogar 650% erreicht. Eine derartige galoppierende Inflation mußte zur Unterhöhnung der Unternehmerinitiative, der Arbeitsmoral und jeglicher Planung führen. Während sich der Export Indonesiens der 50er Jahre noch auf rund US\$ 1,2 Milliarden belief (ohne Erdöl), fiel er gegen Ende der Sukarnoära auf die Hälfte ab. Die Auslandsverschuldung (Ost und West) betrug US\$ 2,4 Milliarden.

Die neuen Männer Indonesiens begannen mit einer realistischen Analyse der Lage und stellten sich folgende Ziele: Kontrolle der Inflation, Rehabilitierung des bestehenden Produktionsapparates, besonders in der Landwirtschaft, Lösung des Zahlungsbilanzproblems. Die Kommandowirtschaft wurde systematisch abgebaut und schrittweise durch eine marktwirtschaftliche Ordnung ersetzt, die auf die besonderen Bedingungen Indonesiens abgestellt ist, eine Art soziale Marktwirtschaft à la Indonesia. Die jahrelang sträflich vernachlässigten Gesetze des Marktes wurden wieder anerkannt, der Außenhandel zunehmend liberalisiert. Ausländische Investitionen, früher als Werkzeug ausländischen Wirtschaftsimperalismus verdammt, wurden nun durch ein spezielles Investitionsgesetz begünstigt. Die Devisenzwangswirtschaft konnte erheblich reduziert, die indonesische Rupiah zu einer realistisch bewerteten Währung mit flexiblen Austauschraten angehoben werden.

Die als vorrangig erklärte Inflationsbekämpfung erwies sich (verständlicherweise) als besonders mühselig. Die für das Jahr 1967 angestrebte Reduzierung der Inflationsrate auf 65% mißlang, die Rate erreichte wiederum 120%. Auch im Jahre 1968 mußten noch 85% in Kauf genommen werden. Erfreulicherweise flachte die Inflationskurve im zweiten Halbjahr 1968 erheblich ab, die Stabilisierung der Währung, gleichlaufend mit einer Stabilisierung des Preises für das Volksnahrungsmittel Reis, rückte in erreichbare Nähe. Im Zeitraum Januar bis September 1969 konnte die Inflationsrate auf 4,24% heruntergedrückt werden. Diese Erfolge müssen als eine Art „indonesisches Wirtschaftswunder“ bezeichnet werden. Verantwortlich dafür sind die realistischen und pragmatischen Wirtschaftsreformer des Landes, die sich um den Handelsminister Prof. Dr. Sumitro geschart haben, und die von Präsident Suharto die unerläßliche ideelle und materielle Rückendeckung erhalten.

Die Erfolge der Reformer zeigen sich auch in der günstigen Entwicklung des indo-

nesischen Außenhandels. Die Exporte konnten im Jahre 1968 um fast 12% angehoben werden (verglichen mit dem Vorjahr). Die ersten neun Monate des Jahres 1969 zeigen einen Anstieg um 15%, wobei die Erdölexporte den Hauptanteil haben. Auf der Importseite zeigt sich eine erfreuliche Reduzierung von Verbrauchsgütern zugunsten von Produktions- und Kapitalgütern. Die Handelsbilanz zeigte im Jahre 1968 einen Überschuß in Höhe von US\$ 82,3 Millionen; während in den ersten neun Monaten 1969 US\$ 277,3 Millionen erreicht wurden.

Die Entwicklung der gewerblichen und industriellen Produktion ist noch immer unbefriedigend. Die Kapazitätsausnutzung bestehender Anlagen war am Ende der Sukarnoära auf 20% und weniger abgesunken. Der Erholungsprozeß wird durch größere Importe von Rohstoffen, Ersatzteilen sowie durch eine vorsichtige Lockerung der Kreditrestriktionen gefördert. Die noch immer notwendige deflationistische Politik im Inneren sowie die sinkenden Weltmarktpreise für wichtige Exportgüter machen sich hemmend bemerkbar.

Der Schuldenberg Indonesiens ist durch neue, nun wirtschaftlich sinnvoll genutzte Kredite weiter angestiegen. Die Umschuldung der alten Verbindlichkeiten gegenüber dem Westen soll jetzt auf der Basis eines von dem deutschen Bankfachmann Hermann J. Abs erstellten Gutachtens langfristig in die Wege geleitet werden, während bisher die Fälligkeiten immer nur von Jahr zu Jahr hinausgeschoben wurden. Mit der Sowjetunion, dem größten Einzelgläubiger, wurde bereits im November ein Umschuldungsprotokoll unterzeichnet, das aber seitens Indonesiens nicht erfüllt werden konnte. Weitere Verhandlungen verlaufen äußerst zähflüssig, wobei die Sowjets energischer auf ihrem Schuldschein bestehen als die geschmähten „westlichen Kapitalisten“.

Anfang 1969 war die Stabilisierungsperiode soweit abgeschlossen, daß versucht werden konnte, in die zweite Phase, Entwicklung, überzugehen. Am 1. April wurde der offizielle Beginn eines Fünfjahresplanes verkündet, der sich von ähnlichen (mißglückten) früheren Vorhaben vor allen durch Realismus und bescheidene Ziele unterscheidet. Im Vordergrund stehen die ausreichende Bereitstellung von Nahrung, Kleidung und Behausung sowie die Verbesserung der Infrastruktur und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Schwerpunkt liegt auf landwirtschaftlichem Gebiet, auf dem 60% des Volkseinkommens erzielt werden und in dem 70% der Bevölkerung tätig sind. Umfangreiche Bewässerungsarbeiten sowie zahlreiche andere, auf Produktionssteigerung gerichtete Maßnahmen sollen am Ende des Fünfjahresplanes eine Reisernte von 15,4 Millionen Tonnen pro Jahr ermöglichen und damit die Reisimporte unnötig machen, die gegenwärtig noch immer über US\$ 100 Millionen jährlich verschlingen.

Die bisherigen Erfolge bei der Stabilisierung der indonesischen Wirtschaft können erst dann richtig gewürdigt werden, wenn man die außerordentlichen strukturellen Schwierigkeiten berücksichtigt, die weiter anhalten. Diese Liste ist weit gefächert: Bevölkerungszuwachs von mindestens 2,4% pro Jahr; abnorme Bevölkerungsballung in Java bei gleichzeitiger Menschenleere in potentiellen Entwicklungsgebieten; Beharren in überkommenen Wirtschaftsformen; Fehlen von Sparkapital; Umschichtung traditioneller Produktionsgüter nach den Diktaten des Weltmarktes; Arbeitslosigkeit und mehr noch Unterbeschäftigung; katastrophale Rückstände bei allen Sozialinvestitionen und in der physischen Infrastruktur; Unterentwicklung des Fiskalsektors mit Willkürlichkeiten von Steuerverfassung und Beamten/Angestelltengehältern;

Ineffizienz eines aufgeblähten Verwaltungsapparates; Korruption und Mißwirtschaft; Umstellung von einem Verkäufer- auf einen Käufermarkt; äußere Schuldenlast — um nur die wichtigsten Hemmnisse zu nennen, die einer anhaltenden Erholung entgegenstehen.

Der Anfang ist jedoch gemacht, und die ersten Erfolge berechtigen zu Hoffnungen. In- und ausländische Experten (wie Weltbankpräsident Robert McNamara) stimmen darin überein, daß praktisch keine Alternative möglich ist. Das Werk kann allerdings nur gelingen, wenn die westliche Welt partnerschaftliche Hilfe leistet — nicht als mürrisch gewährtes Almosen, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse. Indonesien ist eines der größten Rohstoffgebiete der Erde mit bisher nur völlig unzureichend ausgenützten Reserven. Gleichzeitig stellt das Land einen bedeutenden künftigen Absatzmarkt für Industrieländer dar. Die Bevölkerung ist geistig rege und aufgeschlossen. Wenn eines der großen Entwicklungsländer eine Chance hat, das Sprungbrett des „take-off“ zu erreichen, dann ist es Indonesien.

Die beginnende wirtschaftliche und politische Stabilisierung macht Indonesien zugleich außenpolitisch wieder handlungsfähig. Präsident Sukarno hatte einst in aberwitziger Überschätzung der Kräfte des Landes eine sogenannte „Leuchtturm-Politik“ forciert. Er wollte Indonesien zum Wortführer aller „new emerging forces“ in der Welt machen, um die „old-established forces“ auf den Schutthaufen der Geschichte zu befördern. In seiner Spätphase versteifte sich Sukarno auf die abenteuerliche Idee einer Achse Peking—Djakarta. Von diesen Vorstellungen ist nichts übriggeblieben. Die neuen Männer Indonesiens distanzieren sich entschieden von den irrealistischen Weltmachtsplänen der Vergangenheit. Das ist aber nicht gleichbedeutend mit der Flucht aus der großen Politik. Indonesien ist sich seiner Verantwortung in der Welt bewußt, wie die offizielle Formel lautet.

Grundlage aller Bestrebungen nach außen ist das in der Verfassung festgelegte Prinzip einer „aktiven und unabhängigen“ Außenpolitik — wobei die Betonung ebenso auf „aktiv“ wie auf „unabhängig“ gelegt wird. Der Spielraum dieser Politik ist sowohl durch die entschiedene antikommunistische Haltung im Inneren wie auch durch die Anhängigkeit von westlicher (vor allem amerikanischer) Wirtschafts- und Rehabilitierungshilfe eingeengt. Die realistisch denkende Regierung in Djakarta ist sich dieses Dilemmas durchaus bewußt. Sie bemüht sich, die bisherigen unfreundlichen politischen Kommentare aus Moskau und den Blockstaaten sowie die Zurückhaltung von Wirtschaftshilfe möglichst herunterzuspielen. Nach Ansicht indonesischer Politiker wird sich Moskau schließlich veranlaßt sehen, aus machtpolitischen Gründen eine freundlichere Haltung gegenüber Djakarta einzunehmen und auf wirtschaftlichem Gebiet mehr Entgegenkommen zu zeigen als bisher. Diese Annahme gründet sich auf das wachsende Interesse der Sowjetunion an Südostasien, wie es auch gegenüber Malaysia und den Philippinen zum Ausdruck kommt, und besonders auf den Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Breschnew, in Asien ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen.

Indonesien fühlt sich dank seiner strategischen Insellage in der post-Vietnam-Periode vorerst weniger gefährdet als andere Anrainerstaaten Chinas. Man fürchtet chinesisch-kommunistische Subversion (vor allem über die Auslandschinesen im Lande), glaubt aber bis zu einer ernsthaften Bedrohung aus dem Norden noch mindestens fünf Jahre Zeit zu haben. Diese Zeit soll nicht nur zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung im Inneren genutzt werden, sondern auch zur Festigung

der Beziehungen zu den Nachbarn sowie zu regionaler Zusammenarbeit vorerst lediglich auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene. Die Initiative zur Gründung der ASEAN-Gruppierung (Philippinen, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien) ging von Djakarta aus. Zwar bleibt abzuwarten, ob diese Vereinigung südostasiatischer Nationen die gegenseitigen Eifersüchteleien besser überwinden kann als ähnliche frühere Versuche, aber die Absicht Djarkatas liegt klar zutage: Eine regionale Kraft aufzubauen, ohne die Teilhaberschaft raumfremder Mächte (USA, Japan, Sowjetunion, Indien, Pakistan), unter späterer Heranziehung von Kambodscha, Burma und Ceylon (Optimisten hoffen auf Südvietnam), zwecks Stabilisierung Südostasiens – wobei Indonesien der Zahl und Potenz nach sicher nicht die geringste Rolle spielen würde. Dies ist noch Zukunftsmusik, und die gegenwärtig in Djakarta an der Macht befindlichen Männer unter dem vorsichtig lavierenden Präsidenten Suharto und seinen flexiblen, pragmatischen Außenminister Adam Malik werden sich hüten, zu der anmaßenden, gewalttätigen und abenteuerlichen Außenpolitik Sukarnos zurückzukehren. Man darf aber wie überall in Asien auch in Indonesien die Energien und Triebkräfte des Nationalismus nicht unterschätzen.

Die weite Öffnung nach dem Westen, besonders nach den USA, ist wirtschaftlich bedingt, da ohne das tatkräftige Engagement der Amerikaner ein Wiederaufbau des Landes nahezu unmöglich erscheint. Beide Partner vermeiden jedoch alle Erklärungen und demonstrative Akte, die als eine Einmischung Amerikas in die inneren Verhältnisse Indonesiens oder als „Aufbau einer zweiten US-Verteidigungszone in der post-Vietnam-Periode“ gedeutet werden könnte. Dies kam zuletzt bei dem Besuch von Präsident Nixon zum Ausdruck. Der US-Präsident enthielt sich jeder Anspielung auf eine Teilnahme Indonesiens an der militärischen Sicherung Südostasiens. Man lehnt in Djakarta ab, sich an Militärpakten (wie SEATO) oder an stark politisch bedingten Bündnissen (wie ASPAC) zu beteiligen. Immerhin gibt es in Indonesien außerhalb der Regierung politische und vor allem militärische Kreise, die voller Sorge die Lage nach dem erwarteten Rückzug der Amerikaner aus Vietnam betrachten und ein militärisches Engagement Indonesiens an eine Großmacht in Zukunft für zwingend notwendig erachten.

Vorderhand versucht die indonesische Außenpolitik, jeder Bindung an eine Supermacht auszuweichen und die Stellung Indonesiens in der Dritten Welt wieder zu festigen, die während der letzten Jahre erheblich gelitten hatte. Auch in dieser Richtung agiert Indonesien äußerst vorsichtig. So wird z. B. ein demonstratives Engagement in der heiklen Nahostfrage strikt vermieden. Selbst gegenüber der Volksrepublik China hat sich eine Politik der Zurückhaltung durchgesetzt. Die Beziehungen beider Staaten sind nach turbulenten Szenen in der indonesischen Botschaft in Peking und in der chinesischen Botschaft in Djakarta „eingefroren“, wie die offizielle Formel lautet. Djarkatas Fühler zwecks Normalisierung der diplomatischen Beziehungen haben allerdings bisher noch keine positive Reaktion seitens Peking herbeiführen können.

Viele Europäer und Amerikaner betrachten das heutige Indonesien noch immer entweder als ein palmenumraushtes Tropenparadies oder als ein wirtschaftlich verrottetes Elendsgebiet, dessen Führung zwischen eitler Anmaßung und dumpfer Resignation schwankt. Das Indonesienbild ist noch immer überdeckt von der Erinnerung an den einstigen stimmungsgewaltigen Volkstribun Sukarno, den Schöpfer und Zerstörer der freien Republik. Der neue Präsident Suharto, Sohn eines land-

losen Bauern, unpolitischer Berufsoffizier, der mehr durch die Kräfte der Geschichte als durch eigenen Ehrgeiz an die Spitze des Staates kam, ist zu unpräzise, um in der Welt Aufsehen zu erregen. Realismus und Pragmatismus machen keine Schlagzeilen.

Indonesien befindet sich in einem umfassenden Prozeß der Wandlung und Selbstbestimmung. Es bestehen gute Aussichten, daß die weitere Entwicklung ohne die Turbulenzen und Erschütterungen erfolgt, die in vielen vergleichbaren Ländern üblich sind. Die Regierung ist trotz zahlreicher personeller und struktureller Mängel stabil — es gibt keine vernünftige Alternative. Indonesien hat die Chance eines Wandels zur besseren Zukunft.